



Sekretariat der deutschen
Volksgruppe in Kopenhagen

Det tyske Mindretals
Sekretariat i København

***Rede des Sekretariatsleiters Jan Diedrichsen, Deutscher Tag 2009,
am 7. November 2009 in Tingleff.
Es gilt das gesprochene Wort.***

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste aus Schleswig-Holstein,
liebe Nordschleswiger!

Wer heute nach Tingleff angereist ist, hat unterwegs zwangsläufig an den vielen Wahlplakaten am Wegesrand festgestellt, dass in 10 Tagen in Dänemark die Kommunalwahlen bevorstehen.

Ich will meinem Kollegen Gerhard Mammen nicht vorgreifen, er wird sicher zurecht die Bedeutung der bevorstehenden Wahl für die Schleswigsche Partei in seinem Beitrag hervorheben.

Ich möchte einige generelle Anmerkungen machen, denn ich weiss, dass die dänische Kommunalreform in Schleswig-Holstein mit viel Interesse verfolgt wurde und ihre Konsequenzen auf nicht weniger Interesse stoßen.

Lassen Sie es mich vorneweg deutlich sagen - der Zauberspruch „aus Klein mach Groß und du bist deine Sorgen los“, hat sich mit Blick auf die dänischen Kommunen nicht bewahrheitet.

Hinrich Jürgensen hat gesagt: „Wer vier arme Kommunen zusammenlegt - der erhält noch lange keine reiche Kommune.“ Es hat sich gezeigt, dass die enormen Synergie-Effekte - so das Modewort bei allen Reformen und Zusammenlegungen - noch nicht in dem Ausmaß gegriffen haben, wie man das dem Bürger bei der Lancierung der Reform hat glauben machen wollen.

Doch fragt man heute sowohl Landes- als auch Kommunalpolitiker, stellt niemand ernsthaft die Reform in Frage. Die neuen Kommunen sind gekommen, um zu bleiben. Es sei die richtige Entscheidung, dass die Kommunen in eine Größe gebracht wurden, in der sie konkurrenzfähig sind. Die Einsparungen durch die Strukturreform werden in einigen Jahren deutlich hervortreten - so die mehrheitliche Auffassung.

Interessant ist dabei, dass die neuen größeren Strukturen auch zu einem gegenläufigen Trend führen - nämlich dass in kleinen Dorfgemeinschaften wieder Strukturen entstehen, in denen die dörflichen Interessen vertreten werden. Hier wird es in den kommenden Jahren sicher spannende Entwicklungsmöglichkeiten geben.

Bewusst wenige Worte will ich über die derzeit in der Presse viel gescholtenen Regionen verlieren. Diese neue gebietskörperschaftliche Einheit - als Zwischenglied zwischen staatlicher und kommunaler Ebene

geschaffen - hat vor allem die Krankenhäuser und die Wirtschaftsförderung als Aufgabe.

Eine Identifikation mit den neuen Regionen (wenngleich einige Regionen sehr viel Geld für „Identitäts-Branding“ ausgeben) hat der Bürger nicht aufbauen können. Die Region wird eher als Verwaltungsrat, denn als politische Gebilde wahrgenommen. Nichts desto trotz spielt die Region in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine wichtige Rolle. Dazu aber später mehr.

Von den Kommunen und den Regionen führt derzeit ein beinahe schurriger Weg nach Christiansborg - zur Landespolitik. Es wird derzeit besonders eifrig, kontrovers und medienwirksam debattiert - denn die Wahlen werden vor allem von der Opposition als ein Schritt in ihrem wichtigsten Projekt - Übernahme der Regierungsverantwortung und Ablösung des Mitte-rechts Bündnisses in Dänemark - gesehen.

Ihre Chancen, bei der Kommunalwahl stehen nicht schlecht - die Sozialdemokraten und die Sozialistische Volkspartei stehen in den Umfragen gut dar. Venstre und Konservative scheinen sich eher eine Wählerohrfeige einzufangen bzw. einen Dämpfer zu erhalten.

Abgeordnete der Regierungsparteien sehen sich bereits veranlasst, im Vorfeld die Kommunalwahl als ohne Einfluss auf die Landespolitik einzuordnen. Doch es ist zu vermuten, dass das landesweite Wahlergebnis auch als Stimmungstest für die Regierung Løkke Rasmussen ausgelegt werden wird; zumindest medial wird nach einer möglichen schlechten Wahl

für Venstre die Frage lauter hallen, ob der neue Rasmussen - der Løkke Rasmussen - das nun überhaupt kann, Dänemark führen:

Sein Vorgänger, der dänische Regierungschef Anders Fogh Rasmussen, ist zum NATO-Chef nach Brüssel avanciert - das Schauspiel seiner Wahl hat die Öffentlichkeit in Dänemark Wochen in Atem gehalten und dabei gezeigt, dass einen internationalen Posten auch ein Anders Fogh Rasmussen nicht ohne weiteres bekommen kann, wie einige Beobachter gemutmaßten hatten.

Der Anfang unter neuer Leitung ist holprig verlaufen und die Wirtschaftskrise hat den Spielraum enger gemacht. Während Anders Fogh aus vollen Kassen schöpfen konnte, muss der neue Rasmussen vor allem eine Krise managen. Ich denke da nicht nur an die Weltwirtschaftskrise, sondern auch innenpolitisch wusste das interne Krisenmanagement der Regierung in verschiedenen Fällen nicht wirklich zu überzeugen.

Ohne Frage wird der neue Führungsstil von Løkke Rasmussen geschätzt - auch von politischen Gegnern. Er kann zuhören, bindet ein - während sein Vorgänger, der kalkulierende Stratege, nicht als der große Diskutant vor wichtigen Entscheidungen galt - sondern beinhardter Vertreter der eigenen Interessen / Überzeugungen war. Dieser machtpolitische Ansatz scheint ihm derzeit im Brüsseler Dschungel zu Gute zu kommen, wenn man den vom Hauptquartier der Nato berichtenden Journalisten glauben mag.

Die Kommunalwahl und der bevorstehende Klimagipfel werden nun wohl noch abgewartet werden - doch dann kann man davon ausgehen, dass Løkke Rasmussen nach dem Klimagipfel im Dezember eine große Minister-Rochade vollziehen wird.

Dass die sehr profilierte Ministerin Conny Hedegaard mit einem beeindruckenden europäischen und weltweiten Netzwerk ausgestattet (sie wurde von dem renommierten US Magazin Times Magazine jüngst zu den 100 einflussreichsten Menschen der Welt gezählt - ihr Regierungschef jedoch nicht) nun nach Brüssel wechselt, bietet noch einen guten Ansatz, um massiv im personellen Bereich neue Akzente zu setzen. Løkke Rasmussen muss sich aus dem Schatten seines Vorgängers lösen - auch personell - um in den kommenden beiden Jahren sich auf seine Wiederwahl vorzubereiten. Denn ohne eine Wahl - bislang hat er sein Amt ja „nur“ übernommen - wird er in Dänemark politisch keine Rolle mehr spielen.

Es liegt dabei auf der Hand, dass die Opposition Løkke vom Thron stürzen will und die Ausgangslage ist so gut, wie seit Jahren nicht. Machttaktisch hat man einen Block geschmiedet - dessen Kern aus Sozialdemokraten und Sozialistischer Volkspartei besteht.

Wer sich an die Volkssozialisten von vor einigen Jahren / Jahrzehnten erinnert und die Partei von Villy Søvndahl heute betrachtet - mag sich manchmal verwundert die Augen reiben. Böse Zungen sprechen von Mainstream-Sozialisten oder gar, dass die wahren Sozialdemokraten, nur noch bei SF zu finden sind.

Fest steht, dass es eine Absprache zwischen den Sozialdemokratin Helle Thorning und dem Sozialisten Willy Søvndahl gibt, dass man die Sozialdemokratin Thorning zur nächsten Regierungschefin machen will - dafür werden alle inhaltlichen Differenzen „zurechtgestutzt“.

Dabei hat sich sicher die SF am weitesten bewegt oder verbogen, wie böse Geister meinen. Man hat sich von einer anti-Europa Partei zu EU-Befürwortern gemausert. Die einst anti-NATO-Partei nimmt nun erstmals am dänischen Verteidigungsvergleich teil. Villy ist regierungsfähig, haben die dänischen Kommentatoren fest gehalten - gar als nächster Außenminister könnte er gemeinsam mit Westerwelle bald die Außenpolitik Europas regeln - wer hätte darauf vor fünf Jahren eine Wetter abgegeben? So schnelllebig ist Politik.

Bei der inhaltlichen politischen Auseinandersetzung haben die Strategen und die in Dänemark sehr wirkmächtigen Spin-Doktoren entschieden, dass alle politischen Duelle in der vermuteten gesellschaftlichen Mitte ausgetragen und gewonnen bzw. verloren werden.

Daher gibt es in den Politikentwürfen zwar Detail-Unterscheidungen zwischen den Parteien aber in den groben Linien ist die Richtung bei den etablierten Parteien ähnlich, gar stromlinienförmig. Eine Ausnahme stellt Dansk Folkeparti dar, die es sich am rechten Rand des dänischen Parteienspektrums mit sehr großem politischen Gestaltungsspielraum und Geschick gemütlich gemacht hat.

Betrachtet man die Meinungsumfragen in Dänemark - die bekanntlich immer mit Vorsicht zu genießen sind - schenken sich die politischen Blöcke nichts und es ist von einem engen Rennen - mal mit dem Zeiger nach Links neigend, mal mit dem Zeiger nach rechts ausschlagend die Rede.

Umso mehr werden die Hauptthemen, die den dänischen Diskurs bestimmen, beobachtet und darauf geachtet, ja nicht unangenehm mit in der breiten

Bevölkerung möglicherweise unpopulären Vorschlägen / Wahrheiten für Aufregung zu sorgen.

Es können zwei Themenkomplexe ausgemacht werden, die in ihren Verästelungen, viele Nebenbereich haben und den dänischen Politikalltag bestimmen:

Das ist zum einen die Wirtschaft und Sozialpolitik mit dem Thema Weltwirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Steuerdebatte usw.

Die Eckdaten Dänemarks sind weiterhin im europäischen Vergleich nicht schlecht, aber von goldenen Zeiten, als man auf Christiansborg davon träumte, die ganze Welt zu kaufen, hat man sich weit entfernt.

Das Job-Wunder Dänemarks, an dem das viel gelobte Flexicurity-Modell hängt, wie der Kranke am Tropf, ist nicht gesichert. Falls sich eine strukturelle Arbeitslosigkeit im Königreich festbeißt, wird es hart werden. Hier ist der Ausgang noch offen - die Weltkonjunktur und vor allem die Entwicklung in Europa haben hier großen Einfluss.

Aus diesen wirtschaftlichen Entwicklungen wird sich auch ableiten lassen müssen, wofür noch Geld da sein wird - ob der Schuldenabbau weiter geführt werden kann, oder ob die goldenen Jahre endgültig vorbei sind.

Auch wenn das niemand aus der Opposition zugeben würde - je schlimmer die Lage sich entwickeln sollte, um so größer die Chancen für einen Machtwechsel.

In dem zweiten Themenbereich, der die Innenpolitik dominiert, gibt es einen parteipolitischen Konsens, den es wohl so in Europa nicht noch mal gibt. Es ist der Bereich der Sicherheitspolitik / die Frage von Integrationsmaßnahmen und die Frage der Ausländerpolitik.

Psychologisch darf in Dänemark der Mohammed-Effekt nicht unterschätzt werden. Seit der Dannebrog in vielen Ländern der Welt als Reaktion auf die Mohammed Karikaturen verbrannt wurde und Dänemark nicht mehr das beliebteste und sicherste Land der Welt ist - so sieht man sich in Dänemark gerne selbst - ist man misstrauischer und argwöhnischer geworden. Vor allem in Fragen der Integration und Ausländerdebatte wird mit verbal und juristisch harten Bandagen gekämpft.

Dennoch haben sich die gewünschten Erfolge im Bereich der Integration, der zumeist dänischen Staatsbürger, die in nunmehr dritten Generation in Dänemark leben, noch nicht eingestellt.

Weiterhin hält man - beinahe unisono - an dem Krieg in Afghanistan fest; einen kontroversen Diskurs wie in der Bundesrepublik Deutschland gibt es nicht, wenngleich sich kritische Stimmen mehren.

Man beäugt das Ausland, vor allem das muslimische sehr skeptisch und die Medien sind voll von Berichten über Boykott-Aufrufe gegen Dänemark, offenen Hass gegen das heimische Königreich oder Drohungen von unbekanntem Anwälten.

Es ist zu vermuten, dass im Bereich der Wirtschaft und der Integration / Ausländerdebatte die nächste Wahl entschieden wird.

Mit Spannung wurde im politischen Dänemark auch die Wahlen in Berlin beobachtet und Lars Løkke Rasmussen wird sich gefreut haben, dass Angela Merkel weiter am Ruder ist.

Es ist kein Geheimnis, dass Merkel maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Løkke Staatsminister wurde - indem sie mit dem Ausschlag gegeben hat, dass sein Vorgänger nun bei der NATO für Ordnung sorgen will.

Doch Freude darüber, dass die „Schwesterpartei“ FDP nun an der Macht sei, wie aus Kreisen von Venstre zu vernehmen war - ist schwer nachzuvollziehen. Denn die FDP in Deutschland hat wenig Gemeinsamkeiten mit Venstre in Dänemark. Und die Schnittmengen sind politisch mit Sicherheit eher bei der CDU zu finden.

Wie dem auch sei - hat man in Dänemark schnell die Konklusion gezogen, dass sich das gute - manche sagen gar - vorzügliche Verhältnis zu Deutschland weiter ausbauen lassen wird, zu Recht, wie ich meine.

Nicht zuletzt durch die Weltwirtschaftskrise ist auch in Dänemark die Erkenntnis angelangt, dass man als kleines Land wenig alleine bewegen kann und dass die großen Probleme im Verbund - supranational - bewältigt werden müssen.

Eine interessante Analyse hat die Frequenz der Treffen der Regierungschefs der EU von vor 15 Jahren mit der Häufigkeit der heutigen Treffen verglichen und es zeigt sich, dass man sich früher eher jährlich getroffen hat - nunmehr fast monatlich gemeinsam zusammensitzt und Lösungen für die großen Fragen sucht.

Die Zukunft Dänemarks liegt in der Europäischen Union; bis auf links außen und Dansk Folkeparti haben das alle Parteien in Dänemark antizipiert. Doch die Bevölkerung ist noch nicht überzeugt. Das generelle Phänomen, dass es EU-weit zu beobachten gibt, ist in Dänemark besonders ausgeprägt. Die EU ist das Projekt der Eliten, ein Projekt der Vernunft - das noch nicht bei der Bevölkerung als „ihr“ Projekt angekommen ist.

Die letzte Wahlen zum Europäischen Parlament haben das gezeigt. Der Wahlkampf war national und populistisch. Sogar die Sozialdemokraten sprangen auf den Wagen auf und diskutierten die Wiedereinführung der Grenzkontrollen nach Deutschland.

Ein bombastisches Wahlergebnis für den dänischen Rechtsaußen Messerschmidt - der in Brüssel und Straßburg in den nächsten fünf Jahren keinen Einfluss haben wird, weil keine der renommierten Fraktionen ihn aufnehmen wollte (sehr zur Verwunderung der dänischen Volkspartei) waren ein deutliches Zeichen für den nationalen Charakter der Wahl.

Der nun frisch in Prag unterzeichnete neue EU-Vertrag von Lissabon wird hoffentlich für mehr europäische Öffentlichkeit in Dänemark sorgen - und man mag sich wünschen, dass auch die Medien in Dänemark Interesse daran finden, die vielen europäischen Themen aufzugreifen.

Wann es zur Abstimmung über die dänischen Vorbehalte kommen wird - bekanntlich ist Dänemark in einigen Punkten (unter anderem dem Euro) nicht dabei, ist noch offen. Deutlich zeichnet sich aber ab, dass über alle vier Vorbehalte gleichzeitig abgestimmt werden soll - dass man sozusagen alles auf eine Karte setzen will; kurzfristig scheint eine solche Abstimmung nicht wahrscheinlich.

Abschließen möchte ich mit ein paar Sätzen zur Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Bewusst habe ich in meinen Ausführungen zur Kommunalwahl und der Kommunalreform in Dänemark nicht viel zu den Regionen gesagt, auf die derzeit fast jeder einprügelt. Es gehört nicht viel Mut dazu zu behaupten, dass die Regionen keine unendliche Halbwertzeit haben - sondern vermutlich in absehbarer Zeit eine Verteilung der Kompetenzen zwischen Kommunen und Staat vorgenommen wird. Doch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Region ein wichtiger Partner.

Von Kiel und Vejle wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ernst genommen und in den Erklärungen ist viel Gutes festgehalten worden. Ich denke hier nicht zuletzt an das neue Partnerschaftsabkommen. Auch die wichtige und richtige Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig macht Fortschritte und wird konkreter. Es setzt sich langsam die Erkenntnis durch, die in einem Europa der Regionen immer wichtiger wird, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit kein nettes Nebenprodukt ist -

sondern für den Standortwettbewerb der Regionen in Europa ein absolutes Muss ist, wenn man nicht ins Hintertreffen geraten will.

Doch es ist hier sicher kein Geheimnis, dass im europäischen Vergleich mit anderen Grenzregionen die konkrete grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark nicht zur Spitzenklasse gehört und hinter anderen europäischen Regionen zurückliegt. Aber man arbeitet daran.

Natürlich halten wir hier alle unsere Region für die wichtigste und schönste in Europa, das ist klar. Aber realistisch muss auch festgehalten werden, dass das deutsch-dänische Grenzland im europäischen Zusammenhang nicht übermäßig präsent ist. Und die Vertreter der Mehrheitsbevölkerung seien hier ganz unbescheiden darauf hingewiesen, dass wenn man über uns in Europa spricht, dann meist über unsere Erfahrungen und Lösungen im Bereich der Minderheitenfragen. Das sollte man bei der konkreten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht vergessen, sondern als Standortfaktor und als Alleinstellungsmerkmal der Region nutzen.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.